

30. März 1977

An den Bundesrat

Bericht an die Geschäftsprüfungskommissionen über die Einzelheiten
der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1976

Militärdepartement. Antrag vom 15. März 1977 (Beilage)
 Politisches Departement. Mitbericht vom 24. März 1977
 (Zustimmung)
 Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 18. März 1977
 (Zustimmung)

Antragsgemäss hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Der Bericht an die Geschäftsprüfungskommissionen über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1976 wird genehmigt (s. Beilage).

Mitteilung:

An die Geschäftsprüfungskommissionen, durch die Bundeskanzlei

Protokollauszug (Antrag ohne Beilagen) an:

- EMD 7 zum Vollzug
- EPD 6 zur Kenntnis
- JPD 3 " "

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

S. W. Müller



013.3/77

3003 Bern, 15. März 1977

AusgeteiltAn den Bundesrat

Bericht an die Geschäftsprüfungskommissionen über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1976

Zur Genehmigung und Weiterleitung an die Geschäftsprüfungskommissionen übergeben wir Ihnen den Entwurf zum Bericht über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1976. Die Berichterstattung erfolgt gestützt auf Artikel 13 Absatz 3 KMG.

Die Politische Direktion und die Bundesanwaltschaft haben entsprechende Beiträge geliefert und sich mit dem Bericht einverstanden erklärt.

Die Sitzung der Geschäftsprüfungskommissionen ist für den 25. April 1977 vorgesehen.

EIDGENOESSISCHES MILITÄERDEPARTEMENT

Beilagen

- Entwurf (d+f) (f wird nachgeliefert)
- für BK: Cliché dazu (Kopf "Der Schweizerische Bundesrat" mit Wappen)

Zum Mitbericht an:

- EPD
- EJPD

Protokollauszug an:

- EMD (7)
- EPD (4)
- EJPD (4)

- 2 -

VERTRAULICHB e r i c h t

an die Geschäftsprüfungskommissionen über die Einzelheiten
der Kriegsmaterialausfuhr
im Jahre 1976

(Vom 30. März 1977)

Sehr geehrte Herren Präsidenten,
Sehr geehrte Damen,
Sehr geehrte Herren,

Wir unterbreiten Ihnen hiermit den in Artikel 13 Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1972 über das Kriegsmaterial¹⁾ (KMG) vorgesehenen Bericht über die Einzelheiten der Kriegsmaterialausfuhr im Jahre 1976.

1. Einleitung

Es handelt sich um den vierten Bericht seit Inkrafttreten des KMG am 1. Februar 1973.

Nach wie vor halten wir uns auch aus Vergleichsgründen an die bewährte und von Ihnen akzeptierte Darstellung.

2. Allgemeines

2.1. Im Berichtsjahr können zwei markante Aspekte besonders hervorgehoben werden. Einerseits ist die Praxis konstant und ohne wesentlich neue Probleme in bezug auf die Anwendung des Gesetzes, und andererseits fällt auf, dass die Gesamtsumme der Ausfuhrzahlen stark zugenommen hat.

1) SR 514.51

- 2 -

- 2.2. Im Jahre 1976 wurde für rund 491 Mio Franken Kriegsmaterial ausgeführt. Dies bedeutet eine Zunahme um 32,6% gegenüber dem Vorjahr, wozu vorweg zu bemerken ist, dass die Zunahme zwischen 1974 und 1975 56,8% betrug.
- 2.3. Wie Ziffer 6.2.1. und der beigefügten Aufstellung zu entnehmen ist, erfolgte die Zunahme nicht durch Ausdehnung des Handels auf neue Staaten, insbesondere nicht auf Empfänger, die nach KMG unerwünscht sind.
- 2.4. Der frankenmässige Wert mag auffallen. Die statistische Aussage dieses Betrages ist jedoch nur beschränkt aussagekräftig. Die Kriegstechnik befindet sich in rascher Entwicklung. Waffensysteme wie Flabpanzer, Feuerleitgeräte etc. werden zunehmend komplexer und aus diesem Grunde auch kostspieliger.
- 2.5. Nachdem im grossen und ganzen gleiches Material wie bisher exportiert worden ist, wird dieses auch das gleiche Gewicht haben. Vergleicht man aber die gewichtsmässige Ausfuhr, so ergibt sich eine Zunahme von bloss 6,63% (von 4'858'952 kg auf 5'181'168 kg). Es sind somit vor allem die Bestellungen von stets teurerem Kriegsmaterial, die die wertmässige Zunahme ausmachen und nicht die Handhabung des KMG. Insbesondere sind viel grössere Bestellungen aus der Bundesrepublik Deutschland, aus den Niederlanden und Oesterreich eingegangen, nämlich für zusätzlich 119 Mio Franken, also ziemlich genau für den Betrag, um den die Ausfuhren im Berichtsjahr zugenommen haben.

3. Bewilligungsverfahren

Das Verfahren innerhalb der Verwaltung und zwischen dieser und dem Bundesrat funktioniert wie bisher gut und wurde nicht geändert.

4. Praxis und Probleme in bezug auf die Artikel 10 und 11 KMG

Die starke wertmässige Zunahme der Kriegsmaterialausfuhr in den letzten Jahren hat da und dort die Vermutung aufkommen lassen, die Kriterien, die wir nach Inkrafttreten der verschärften Bestimmungen des KMG für die Anwendung der Artikel 10 und 11 aufgestellt hatten, seien mit der Zeit ausgehöhlt worden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr hat sich seit 1973 eine Praxis herausgebildet, die als konstant bezeichnet werden kann. Da

- 3 -

aber im Rahmen des KMG lediglich zu beurteilen ist, ob, nicht aber in welchem Umfang Bewilligungen erteilt werden können, hat diese Praxis nur beschränkten Einfluss auf die Höhe der Ausfuhren, sowohl nach einzelnen Ländern wie auch gesamthaft. Es wird vielerorts noch verkannt, dass das KMG den mit seiner Durchführung betrauten Behörden nur die Wahl zwischen Bewilligung und Ablehnung der vorliegenden Gesuche lässt. Eine wertmässige Steuerung der Ausfuhren ist nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich. Deren Umfang hängt vielmehr davon ab, wieviele Bestellungen aus Ländern eingehen, nach denen laut KMG überhaupt exportiert werden darf.

Die Anwendung von Artikel 10 KMG, wonach Transaktionen nicht bewilligt werden, die den Landesinteressen zuwiderlaufen oder zwischenstaatlichen Vereinbarungen widersprechen, bietet keine grossen Schwierigkeiten. Diese Bestimmung, die wörtlich aus dem früheren Recht übernommen ist, wurde auch im Berichtsjahr nicht zur Begründung von ablehnenden Entscheiden herangezogen.

Anders verhält es sich mit Artikel 11. Dies ist die wohl wichtigste gesetzliche Vorschrift für die Beurteilung von Gesuchen um Ausfuhrbewilligungen. Hier liegen seit 1973 wichtige Neuerungen im Kriegsmaterialrecht vor. Sie waren in den parlamentarischen Beratungen des Gesetzesentwurfs denn auch bis zuletzt heftig umstritten. Die geltende Formulierung hat als Ergebnis komplizierter, langwieriger Verhandlungen Kompromisscharakter. So kann es nicht überraschen, dass die Praxis des Bundesrates bei der Anwendung des Artikels 11 nicht überall Verständnis findet. Die einen empfinden sie als zu streng, die andern als zu mild. In der Tat sind die in Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe a und b verwendeten Begriffe wie etwa "gefährliche Spannungen" oder "Achtung der Menschenwürde" nicht näher umschrieben. Sie bedürfen der Interpretation, sind also Gegenstand von Ermessensentscheiden der Behörden, denen die Durchführung des Gesetzes übertragen ist. Alle Fälle der Anwendung von Artikel 11 Absatz 2 (wie übrigens von Art. 10) werden nach Artikel 12 KMG dem Bundesrat unterbreitet. Dieser beurteilt jeweils die besonderen Umstände, die von Fall zu Fall und je nach dem Zeitpunkt der Beschlussfassung verschieden gelagert sind. Dabei bezieht der Bundesrat in seine Überlegungen im Sinne des Gesetzes neben Aspekten der Waffenausfuhr im engeren Sinne auch mögliche aussen- und innenpolitische Auswirkungen eines Beschlusses ein.

Nationalrat Carobbio hat am 1. März 1976 eine Einfache Anfrage wegen Waffenausfuhr nach Spanien und Iran eingereicht. Die Antwort des Bundesrates vom 26. Mai 1976 liegt diesem Bericht bei. Eine weitere Anfrage desselben Parlamentariers betraf die in Genf vorgenommene Montage von deutschen, für Chile bestimmten Helikoptern. Es erwies sich, dass diese nicht Kriegsmaterial im

Sinne des KMG waren.

Am 29. September 1976 hat der Nationalrat ein von 42 Parlamentariern unterzeichnetes Postulat Sigrist vom 3. März 1976 angenommen, womit der Bundesrat ersucht wird, "die Ausfuhr von Kriegsmaterial nur dann zu verbieten, wenn die Tatbestände des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial eindeutig und zwingend vorliegen"; dies "im Interesse der Erhaltung möglichst vieler Arbeitsplätze".

Am gleichen Tag wie das erwähnte Postulat, also am 3. März 1976, war im Nationalrat eine von 21 Mitgliedern unterstützte Motion Blum eingereicht worden. Darin wurde die gegenteilige Auffassung vertreten, das angesichts der rezessiven Wirtschaftslage gewichtige Argument der Arbeitsplatzabhängigkeit werde "immer häufiger dazu missbraucht, die fragwürdige Bewilligungspraxis für Exporte von Kriegsmaterial zu rechtfertigen ...". Gemäss Antrag des Bundesrates wurde diese Motion vom Nationalrat am 6. Oktober 1976 abgelehnt.

4.1. Konkrete Fälle

4.1.1. Iran

Im Berichtsjahr wurden noch Munition sowie Ersatzteile für Feuerleitanlagen und Fliegerabwehrgeschütze nach diesem Land ausgeführt. Zur Erfüllung von Verträgen, die vor dem Inkrafttreten des KMG abgeschlossen wurden, sind auch im kommenden Jahr noch beträchtliche Lieferungen, hauptsächlich Munition, zu erwarten. Die Behörden prüfen laufend aufmerksam, ob die Voraussetzungen für Bewilligungen nach wie vor gegeben sind.

4.1.2. Spanien

Angesichts der fortschreitenden Liberalisierung und Demokratisierung in Spanien sind die Bedenken, die in den vergangenen Jahren gegen Kriegsmaterialausfuhr in dieses Land geltend gemacht worden sind, weitgehend überholt.

4.1.3. USA

Im Zusammenhang mit Kompensationsgeschäften für die Anschaffung des Kampfflugzeuges "Tiger" sind insofern Probleme entstanden, als dabei auch Material zur Ausfuhr nach den USA angeboten wird, das laut KMG als Kriegsmaterial gilt. Allerdings handelt es sich fast ausschliesslich um Bestandteile oder Zulieferungen.

Die im Kompensationsabkommen vorgesehenen Lieferungen sind vor allem für die amerikanische Privat-

industrie bestimmt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es in solchen Fällen praktisch unmöglich ist, von einer Behörde der USA eine Endverbrauchererklärung zu erhalten. Artikel 11 Absatz 1 KMG lässt zwar in Einzelfällen Ausnahmen von den in Buchstaben a bis c umschriebenen Bedingungen zu. Die interdepartementale Arbeitsgruppe für Fragen der Kriegsmaterialausfuhr hat es aber vorgezogen, das Militärdepartement zu beauftragen, dem Bundesrat Antrag für einen Grundsatzentscheid zu stellen. Dieser geht dahin, dass auf eine Endverbrauchererklärung nur dann verzichtet werden kann, wenn es sich um die Zulieferung von Bestandteilen handelt, die dem fertigen Produkt keinen "erkennbaren schweizerischen Ursprung" verleihen. Zu Jahresende stand die Frage vor ihrer Lösung¹⁾.

5. Statistische Angaben

5.1. Aussenhandelsstatistik

Die von der Aussenhandelsstatistik erfassten Ausfuhrzahlen ergeben folgendes:

<u>Länder</u>	<u>Wert Fr.</u>	<u>Länder</u>	<u>Wert Fr.</u>
Aegypten	1 315	Kanada	28 509
Algerien	903 000	Kenia	2 585
Angola	468	Kolumbien	6 921
Arabische Emirate	1 804	Liberia	566
Argentinien	3 500	Malaysia	1 565 715
Australien	50 382	Marokko	541 889
Bahrein	2 882	Mexico	4 870
Belgien	280 313	Neuseeland	46 454
Bolivien	6 150	Niederlande	58 817 751
Brasilien	23 543	Norwegen	7 528 447
Brunei	203 558	Oesterreich	40 246 680
Bulgarien	96	Panama	1 274
BR Deutschland	124 392 942	Paraguay	825
Dänemark	37 674	Peru	2 102 100
Deutsche dem. Rep.	2 760	Polen	4 554
Elfenbeinküste	1 950	Portugal	155 010
Finnland	213 927	Saudi-Arabien	209
Frankreich	1 582 493	Schweden	11 889 890
Franz. Afar- und		Singapur	630 031
Issagebiet	194	Spanien	100 972 811
Franz. Ozeanien	2 513	Südafrika	2 580

1) Der Bundesrat hat am 12. Januar 1977 dem Antrag zugestimmt.

- 6 -

<u>Länder</u>	<u>Wert Fr.</u>	<u>Länder</u>	<u>Wert Fr.</u>
Ghana	8 717 735	Süd Korea	7 800
Griechenland	2 131 991	Thailand	133 310
Grossbritannien	2 296 488	Tschechoslowakei	218
Guatemala	1 230	Tunesien	331 400
Hongkong	2 276	Türkei	11 712
Indien	1 273	Ungarn	8 720
Indonesien	8 246	Uruguay	952
Insel La Réunion	2 959	U S A	1 713 621
Irak	164	Venezuela	238 466
Iran	114 696 951		
Israel	359		491 723 791
Italien	9 043 494		=====
Japan	83 406		
Jugoslavien	29 885		

5.2. Aufstellung des EMD (KHK)

Wie bisher ist diesem Bericht am Schluss eine tabellarische Aufstellung beigegeben, der die Ausfuhrbeträge nach Staaten und nach Kriegsmaterialkategorien entnommen werden können. Sie ist aufgrund der von den Zollämtern gelöschten, also voll verwendeten Ausfuhrbewilligungen erstellt.

Zusätzlich sind in dieser Tabelle Zahlen über exportiertes, jedoch später wieder in die Schweiz zurückgeführtes Kriegsmaterial enthalten (sog. Freipassverfahren). Die diesbezüglichen Beträge sind von der Gesamtausfuhr wieder in Abzug zu bringen.

Auch registriert die EMD-Statistik das effektive Endbestimmungsland und nicht, wie die Aussenhandelsstatistik, das Ersteinfuhrland. Es wurden z.B. Waffenteile im Wert von Fr. 4'776'000.-- nach Italien geliefert, welche aber für Brasilien bestimmt waren. In der Aufstellung des EMD figuriert dieser Betrag unter Brasilien, in der Aussenhandelsstatistik unter Italien.

Unter das Freipassverfahren fielen u.a. folgende Fälle:

- eine Feuerleitanlage im Wert von 5 Mio Franken nach England für die Luftfahrtschau in Farnborough für ca. 14 Tage;
- dasselbe Gerät ging ebenfalls im Jahre 1976 nach Deutschland und nach Italien für Vorführungen. Es wurde jeweils nach einigen Wochen wieder in die Schweiz eingeführt;
- nach Kanada und Venezuela wurden ebenfalls nur vorübergehend leicht gepanzerte Fahrzeuge, teilweise bewaffnet, zur Vorführung ausgeführt (nach Kanada: Fr. 680'000.--; nach Venezuela: Fr. 1'164'600.--);
- nach Belgien, Deutschland, England, Italien, Norwegen und Schweden wurden auch Komponenten von Kriegsmaterial zur

- 7 -

Bearbeitung spedierte, welche später wieder in die Schweiz eingeführt wurden.

Aus den hier dargelegten Gründen ergeben sich geringfügige Unterschiede zwischen der Aufstellung des EMD und der Aussenhandelsstatistik.

6. Wertung der Statistik (Aussenhandel)

Wie üblich sind der Statistik einige Bemerkungen und Wertungen anzufügen:

6.1. Lieferungen in die Dritte Welt

Die UNO gibt zwei offizielle Listen heraus, eine der 29 am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) und eine der 45 von der Oelkrise am meisten betroffenen Länder (MSA). Kriegsmaterial aus der Schweiz erhielten nur folgende MSA-Länder: Aegypten, Ghana, Guatemala, Indien, Elfenbeinküste und Kenia. In LLDC-Länder wurde nichts ausgeführt.

Die Ausfuhr in die genannten Staaten betrug total Fr. 8'726'088.--, was 1,77% der gesamten Kriegsmaterialausfuhr ausmacht.

6.2. Hauptbeteiligte

6.2.1. Empfangsstaaten

Folgende Staaten sind Hauptabnehmer von Kriegsmaterial aus der Schweiz:

Deutschland	124 Mio Fr.
Iran	114 Mio Fr.
Spanien	101 Mio Fr.
Niederlande	58 Mio Fr.
Oesterreich	40 Mio Fr.
Schweden	12 Mio Fr.
Italien	9 Mio Fr.
Ghana	8 Mio Fr.
Norwegen	7 Mio Fr.

6.2.2. Lieferfirmen

Die wichtigsten Lieferfirmen waren folgende: Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, Bürhle AG Zürich (379,8 Mio); Contraves AG Zürich (85,3 Mio); Mowag AG Kreuzlingen (13,7 Mio); Siemens-Albis AG Zürich (12,6 Mio); Tavarro SA Genève (7,4 Mio); Société Suisse des Explosifs, Gamsen-Brig (6 Mio); Kern & Co AG Aarau (5,3 Mio); J. Perret Genève (3,5 Mio); Hispano-Oerlikon (Genève) SA Genève (2,8 Mio).

6.3. Einzelfälle

Hier sind einige Besonderheiten zu erwähnen:

- 6.3.1. Brunei
Es handelt sich um 23 SIG-Maschinengewehre mit Ersatzteilen und Zubehör.
- 6.3.2. BR Deutschland
Die Lieferungen der Flabpanzer und der dazugehörenden Waffen und Feuerleitung haben begonnen und werden noch mehrere Jahre fortgesetzt.
- 6.3.3. Ghana
Das Polizeikommando dieses Landes hat in der Schweiz leichtgepanzerte Fahrzeuge bestellt. Es sollen in den nächsten Jahren noch weitere Bestellungen folgen.
- 6.3.4. Griechenland
Im Jahre 1975 wurde die Ausfuhr von leichtgepanzerten Polizeifahrzeugen bewilligt. Sie wurden in unserem Bericht vom 7.4.1976 darüber orientiert. Im Frühling 1976 kamen noch sechs solche Fahrzeuge zur Auslieferung (s.auch 6.3.14).
- 6.3.5. Iran
Fortsetzung der bisherigen Lieferungen von Flabgeschützen mit Munition, Ersatzteilen und Teilen zu den gelieferten Feuerleitgeräten.
- 6.3.6. Jugoslavien
Zwei Sendungen von Ammoniumperchlorat zur Herstellung von Treibpulver für Hagelraketen.
- 6.3.7. Kolumbien
Nebst zwei Privatwaffen wurden 3'000 Gewehrpatronen dem dortigen schweizerischen Schützenverein geliefert.
- 6.3.8. Malaysia
Dieses Land hat 20 mm Munition und Teile davon erhalten.
- 6.3.9. Niederlande
Die Lieferungen der Flabpanzer und der dazugehörenden Waffen und Feuerleitung haben begonnen und werden noch mehrere Jahre fortgesetzt.

- 6.3.10. Spanien
Fortsetzung der bisherigen Lieferungen von Flabwaffen mit Feuerleitgeräten und Munition.
- 6.3.11. Thailand
Nach Thailand wurden 15 t Messingnäpfchen für die Herstellung von Patronenhülsen exportiert. Daneben wurden noch einige Privatwaffen geliefert.
- 6.3.12. Türkei
Es handelt sich hier um 11 SIG-Hämmerli Pistolen, welche für CISM (Conseil International des Sport Militaire) -Wettkämpfe bestimmt sind.
- 6.3.13. Südafrika
20'000 Gewehrpatronen für die schweizerische Schützengesellschaft in Natal.
- 6.3.14. Algerien, Griechenland, Marokko, Peru, Portugal, Tunesien und Venezuela
Nach diesen Ländern wurde die Ausfuhr von Spreng- und Zündmitteln für zivile Zwecke (Strassenbau, Minen, seismische Forschungen usw.) bewilligt.
- 6.3.15. Diverse
Nach folgenden Ländern wurden lediglich einzelne private Hand- und Faustfeuerwaffen (z.T. im Reiseverkehr) exportiert:
- | | |
|-------------------|------------|
| Aegypten | Guatemala |
| Arabische Emirate | Hongkong |
| Argentinien | Indonesien |
| Bahrein | Kenia |
| Bolivien | Liberia |
| Brasilien | Mexico |
| DDR | Panama |
| Elfenbeinküste | Südkorea |
| | Türkei |

6.4. Zahlen der Vorjahre

6.4.1. Der Vergleich ergibt folgendes:

<u>Jahr</u>	<u>Gesamtausfuhr</u>	<u>KM-Ausfuhr</u>	<u>%</u>
1970	22 140 000 000	195 750 650	0,88
1971	23 616 979 304	236 410 910	1,0
1972	26 187 579 267	260 269 943	0,99
1973	29 943 449 036	275 702 534	0,92
1974	35 353 101 852	236 329 517	0,67
1975	33 429 708 260	370 711 600	1,11
1976	37 044 786 994	491 723 791	1,32

6.4.2. Beurteilung

6.4.2.1. Die frankenmässige Ausfuhr hat seit dem Vorjahr um 32,6% zugenommen. Wie bereits erwähnt, kann aus den Zahlen der Statistik nicht auf die Anwendung des KMG geschlossen werden. Die Zahlen geben nur die Marktlage wieder und lassen Schlüsse auf die Interessenten und das gewünschte Material zu. So ist der grösste Teil der Zunahme auf die Beteiligung der Schweizer Industrie am Flabpanzer für die Bundesrepublik und für die Niederlande zurückzuführen. Die Zahlen hierfür werden in den nächsten Jahren nicht abnehmen.

6.4.2.2. Ogleich - auch wegen des Frankenkurses - die allgemeine Zunahme des Exportes aus der Schweiz im Rahmen des bisherigen blieb, und obschon im Kriegsmaterialsektor weniger Rezession vorliegt als im wirtschaftlichen Durchschnitt, ist der verhältnismässige Anteil am Gesamtexport mit 1,32% nach wie vor sehr bescheiden.

6.5. Gesuchserledigung

Im Jahre 1976 hat das Militärdepartement 1'595 Ausfuhrgesuche für Fr. 2'031'824.-- in eigener Kompetenz behandelt. Dem Politischen Departement wurden 903 Ausfuhrgesuche im Wert von Fr. 723'000'000.-- unterbreitet. Dem Bundesrat wurden 68 Gesuche für 343 Mio Franken zum Entscheid vorgelegt, die in vier Sitzungen zur Behandlung kamen. Wir haben Gesuche im Wert von Fr. 237'858.-- abgelehnt.

6.6. Aufstellung über die abgelehnten Gesuche

6.6.1. Durch den Bundesrat

- 11 -

<u>Datum</u>	<u>Material</u>	<u>Wert</u>	<u>Best. Land</u>
28.4.76	10 SIG Maschinengewehre MG 710-3 Kal. 7,62mm NATO	62'858.--	Swaziland
15.9.76	25 t Nitropenta	175'000.--	Chile

6.6.2. Durch die Verwaltung (EPD/EMD)

<u>Datum</u>	<u>Material</u>	<u>Wert</u>	<u>Best. Land</u>
14.1.76	100 Patronen 9 mm	50.60	Saudi-Arabien
12.4.76	3 Faustfeuerwaffen	1'620.--	Türkei
4.5.76	2 Revolver Kal. .38 Sp. 100 Patronen Kal. .38 Sp.	988.--	Quatar
6.5.76	1 Pistole Kal. 9 mm	410.--	Türkei
18.5.76	2 Pistolen Kal. 6,35 mm 1 Revolver Kal. .32 200 Patronen	1'701.--	Irak
9.6.76	1 Karabiner Mod. 31 Kal. 7,5 mm	170.--	Südafrika
23.6.76	1 Revolver Kal. 357 Magn. 50 Patronen	606.80	Jordanien
23.6.76	1 Revolver Kal. .38 Sp. 50 Patronen	472.80	Jordanien
3.7.76	1 Pistole Kal. .38 WC	1'500.--	Aegypten
19.7.76	1 Pistole Kal. 9 mm Para	847.--	Gabun
19.7.76	div. Ersatzteile zu 20 mm Kanonen	3'103.--	Kenia
19.7.76	1 Pistole Kal. 6,35 mm 50 Patronen Kal. 6,35 mm	242.--	Sudan
23.7.76	40 SIG AMT Gewehre .308 Winch.	32'040.--	Rep. Botswana
23.7.76	2 Verschlüsse kompl. zu SIG-Pistole 9 mm	897.55	Rep. Botswana
30.7.76	1 Langgewehr Mod. 11, 7,5 mm	1'200.--	Südafrika
19.8.76	1 Selbstladepistole Kal. 9 mm	766.--	Rhodesien
20.8.76	1 Pistole		Südafrika
7.9.76	15 kg Al. Gehäuse Munit. Teile	875.--	Israel
25.10.76	1 Pistole Mod. P 220 Kal. 9 mm	840.--	Dubai
25.10.76	1 Revolver Kal. .38 Sp.	545.--	Südafrika
20.12.76	13 SIG Pistolen .38 Mod. P 240	15'466.--	Türkei
	21 Gesuche	64'340.75	
		=====	

6.6.3. Negative Vorentscheide der Verwaltung EPD/EMD)

<u>Datum</u>	<u>Material</u>	<u>Wert</u>	<u>Best. Land</u>
21.1.76	Sprengstoffe		Syrien
26.1.76	fusées p. munitions et lance-mines		Marokko
28.1.76	Messingnäpfchen		Algerien
5.4.76	500 t Messingnäpfchen	4'000'000.--	Türkei
21.4.76	Geschossrohlinge zu Granaten		Aegypten
1.9.76	Nitropenta		Angola
17.9.76	Ersatzteile zu SG 510-4		Chile
6.10.76	Jagdkugelpatronen	2'000.--	Südafrika
9.12.76	500'000 m Geoflex Sprengschnur	222'500.--	Libyen
9.12.76	2 Mio m Sprengschnur	560'000.--	Syrien
20.12.76	Militärsprengstoffe		Taiwan

6.6.4. Die meisten Firmen, vorab die eingessenen, wissen, wohin kein Kriegsmaterial ausgeführt werden darf, weshalb relativ wenig Gesuche gestellt werden, die abgelehnt werden müssen. Die angeführten Ablehnungen betreffen weniger die Empfangsstaaten als Fälle, bei denen die Kriegsmaterialeigenschaft der auszuführenden Waren nicht ganz eindeutig erschien.

7. Tätigkeit der Zentralstelle zur Bekämpfung des illegalen Kriegsmaterialverkehrs der Bundesanwaltschaft

Im Berichtsjahr hat die Zentralstelle in 181 (81) Fällen Untersuchungen wegen Verdachts der Widerhandlung gegen das Kriegsmaterialgesetz durchgeführt. 53 (40) Geschäfte wurden zur Verfolgung und Beurteilung kantonalen Strafuntersuchungsbehörden delegiert. Die delegierten Strafsachen betrafen in der Hauptsache Einzelpersonen, die ohne entsprechende Bewilligungen Waffen ein-, aus- und durchführten. In 10 (1) Fällen stellte der Bundesanwalt das Verfahren ein.

Die übrigen 118 Fälle können wie folgt zusammengefasst werden: 12 Abklärungen über Waffendiebstähle; 74 Rapporte von kantonalen Polizeikommandos und ausländischen Interpolstellen über

- 13 -

Schmuggel und Sicherstellungen von Waffen, die in der Schweiz gekauft wurden; 12 Ueberprüfungen wegen Verdachts des Handels mit Kriegsmaterial ohne entsprechende Bewilligung; 3 Eröffnungen gerichtspolizeilicher Ermittlungsverfahren durch den Bundesanwalt aufgrund ausländischer Rechtshilfebegehren; 6 Rechtshilfeersuchen ausländischer Behörden betreffend Waffenkäufe von Schweizern im Ausland und 11 Abklärungen über die Frage, ob es sich bei Einfuhren oder Durchfuhren um eigentliches Kriegsmaterial handelte.

Erwähnenswert ist ein den Strafbehörden des Kantons Neuenburg delegierter Fall, bei dem mit gefälschten Waffenerwerbsscheinen Waffen in grösseren Mengen gekauft und anschliessend illegal an Interessenten in der Schweiz weiterveräussert oder aus der Schweiz ausgeführt wurden. Bis anhin wurden 20 Personen verhaftet, die in diesen Fall verwickelt sind. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

In einem weiteren Fall wurde ein Schweizer von einem Oberinspektor der Deutschen Bundesbahnen beauftragt, an ihn gerichtete Waffensendungen zu lagern. Die Waffen wurden im Ausland mit einer dort gültigen Ausfuhrbewilligung ausgeführt und teilweise ohne Bewilligung in die Schweiz eingeführt. Bei Bedarf wurden sie in der Schweiz abgeholt und durch den erwähnten Bahnbeamten teils in Einzelteilen, teils als ganze Waffen ohne Bewilligung ins Ausland ausgeführt und dort illegal weiterverkauft. Die Leichtigkeit der illegalen Ausfuhr war auf die berufliche Stellung des ausländischen Delinquenten zurückzuführen. In diesem Fall ordnete der Bundesanwalt ein besonderes gerichtspolizeiliches Ermittlungsverfahren an. Dieses Verfahren wird demnächst, was die Widerhandlung gegen das Kriegsmaterialgesetz des Schweizern betrifft, an eine kantonale Strafbehörde delegiert.

Aufgrund dieser Erfahrungen werden künftig sämtliche durch Schweizer in Deutschland gekaufte Waffen und Munition auf dem Interpolweg der Zentralstelle gemeldet. Beim grössten Teil dieser Meldungen handelt es sich jedoch nicht um Kriegsmaterial. Diejenigen Waffen, die unter das Kriegsmaterialgesetz fielen, wurden auf deren Einfuhr hin überprüft.

Als neue Aufgabe hat die Zentralstelle 261 Bewerber für Spezialbewilligungen zum Ankauf von Seriefewerwaffen polizeilich überprüft. 1 (-) Gesuch konnte nicht entsprochen werden.

Gemeinsam mit den kantonalen Polizeibehörden wurden 48 (20) Gesuche um Grundbewilligungen für den Handel mit Kriegsmaterial überprüft. Allen Gesuchen konnte zugestimmt werden.

Um ausländische Käufer von Faustfeuerwaffen auf die Erfordernisse einer Ausfuhrbewilligung gemäss Kriegsmaterialgesetz

aufmerksam zu machen und um den diesbezüglichen Widerhandlungen Einhalt zu bieten, wurde im Dezember 1976 ein Rundschreiben des Bundesanwaltes an die Polizeidirektoren der Kantone versandt, mit der Anregung, auf den kantonalen Waffenerwerbsschein einen entsprechenden Vermerk anzubringen.

8. Beurteilung der Praxis

8.1. Es sind auch in diesem Berichtsjahr keine wesentlichen Aenderungen zur Praxis des Vorjahres zu verzeichnen.

8.2. Die Liste der Empfangsstaaten ist ziemlich stabil. Auch die Liste des Kriegsmaterials wurde keinen Aenderungen unterworfen, obgleich nach wie vor das Bedürfnis besteht, die Ausfuhr gewisser Waffen oder Sprengstoffe etwas liberaler zu handhaben, falls diese nur zivilen oder sportlichen Zwecken dienen und weder gegen Menschen noch zur Zerstörung von Gütern kriegsmässig eingesetzt werden.

Am Beispiel einer Sportpistole, die als Wiederlader mit einem Kaliber von über 6,2 mm unter den Begriff des Kriegsmaterials fällt, die aber nur eine Art Munition verschiessen kann, nämlich Kugeln, die in der Papierscheibe ein sauberes Loch ausschneiden, zeigt sich die entscheidende Schwierigkeit. Die übrigen Eigenschaften dieser Pistole lassen sie als denkbar ungeeignet für den Kampf erscheinen, auch wenn - wie auch mit der Armbrust - theoretisch die Bekämpfung eines Menschen möglich wäre.

Sodann zeigen die Erfahrungen, wie schwer es in der Praxis fällt, zu bestimmen, wann Flugzeuge als Kriegsmaterial zu behandeln sind. Der Fall der in Artikel 1 VKM erwähnten "bewaffneten Flugzeuge" ist klar. Schwierig ist jeweils indessen die Feststellung, ob sich in anderen Flugzeugen "Einbauten für Waffen und Munition oder sonstige Vorrichtungen für militärische Verwendung" befinden. Trifft dies zu, gelangen KMG und VKM zur Anwendung. Besonders problematisch sind Abklärungen dieser Art bei Flugzeugen oder Helikoptern mit Mehrzweckcharakter, wie sie in steigender Zahl und allen denkbaren Varianten hergestellt werden.

Es ergibt sich die Notwendigkeit, die Verordnung in diesem Sinn anzupassen. Da noch Bestimmungen über das Verhältnis des KMG zum Pulverregal, welches nunmehr im zukünftigen Sprengstoffgesetz Aufnahme fand, geändert werden müssen, wird das Inkrafttreten des Sprengstoffgesetzes abzuwarten sein.

- 8.3. Schwierigkeiten haben sich in bezug auf Zulieferungen (Bestandteile) ergeben. Das KMG erklärt als Kriegsmaterial "... Erzeugnisse und deren Bestandteile, die als Kampfmittel verwendet werden können". In der Verordnung wird dazu ausgeführt, dass unter den Begriff Kriegsmaterial falle: "Das fertige Material sowie Gegenstände, roh, ganz oder teilweise bearbeitet oder fertiggestellt, die ausschliesslich als Bestandteile von Kriegsmaterial hergestellt werden und in der gleichen Ausführung keine zivile Verwendung finden".

Die geltende Regelung hat zur Folge, dass solche Bestandteile nicht in Länder ausgeführt werden dürfen, denen fertiges Kriegsmaterial nicht geliefert würde. Schwerwiegender ist aber, dass bei Lieferung auch kleinster Bestandteile in ein "unbedenkliches" Land die gleichen Endverbraucherzeugnisse verlangt werden müssen wie für schweres Kriegsmaterial wie z.B. Geschütze oder Panzer. Die Empfänger von solchen Zulieferungen können oder wollen Endverbrauchererklärungen nicht abgeben. Der Schweizer Industrie, und zwar nicht in erster Linie der spezifischen Rüstungsindustrie, gingen deshalb ins Gewicht fallende Möglichkeiten für Geschäftsabschlüsse verloren. Wir verweisen auf das unter Ziffer 4.1.3. Gesagte. Es wird zu prüfen sein, ob man es bei der dort skizzierten Regelung bewenden lassen will, oder ob die Verordnung über das Kriegsmaterial entsprechend geändert werden soll.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Expertenkommission unter dem Vorsitz von a.Bundesrat M. Weber in ihrem Bericht vom 13. November 1973 über die schweizerische Kriegsmaterialausfuhr (Motion Renschler) empfohlen hat, den Kriegsmaterialkatalog nicht ins Gesetz aufzunehmen, damit ihn der Bundesrat je nach den gemachten Erfahrungen und den Umständen erweitern oder einschränken könne, wobei auch handelspolitische Gesichtspunkte zu berücksichtigen seien.

Dass sich die Umstände in den letzten vier Jahren geändert haben, dürfte unbestritten sein. Die Konsequenzen hieraus sind zu prüfen.

- 8.4. Wir haben in früheren Berichten darauf hingewiesen, dass die vergleichsweise bescheidenen Kriegsmaterialausfuhren aus der Schweiz in internationalen Publikationen kaum Beachtung finden, weil sie angesichts des Weltwaffenhandels überhaupt nicht erwähnenswert scheinen. Es ist deshalb auffallend, wenn die Gesetzgebung und Praxis der Schweiz internationale Anerkennung findet. So erwähnt eine Resolution vom

- 16 -

September 1976 der Kommission für politische Fragen des Europarates (Dok. 3817) über die Schweiz folgendes (S. 18, Absch. 36): "Es trifft zwar zu, dass sich die restriktive Politik der Schweiz aus dem Haager Abkommen von 1907 über die Neutralität ergibt; sie ist aber viel strenger als es die juristischen Grundlagen tatsächlich erheischen. Die Verbote, welche der Industrie und dem Handel auferlegt werden, geben eine in voller Freiheit und Absicht getroffene politische Wahl und keine bloss automatische rechtliche Verpflichtung wieder. Auch wenn bedauerliche Zwischenfälle die Schwierigkeiten zwischen dem Recht und der Praxis kennzeichneten ist doch beizufügen, dass der Handel mit Kriegsmaterial in der Schweiz stets die grundsätzliche nationale Verpflichtung gegenüber den Idealen des Roten Kreuzes und der humanitären Hilfe berücksichtigte. Die schweizerische Politik kann deshalb sehr gut als Anregung und Beispiel für andere dienen, inbegriffen die nicht neutralen europäischen Länder."

In Oesterreich wurde denn auch in der Presse verschiedentlich erwähnt, dieses Land habe eine Gesetzgebung nach schweizerischem Muster nötig.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Furgler

Der Bundeskanzler:

Huber

3003 Bern, 30. März 1977

Beilagen

- 1 Aufstellung
- Antwort des Bundesrates auf die Einfache Anfrage Carobbio vom 26. Mai 1976

DIREKTION DER EIDG. MILITÄERVERWALTUNG
3003 BERN

AUSFUHR von KRIEGSMATERIAL (1.1.1976 bis 31.12.1976)
EXPORTATION de MATERIEL de GUERRE (1.1.1976 - 31.12.1976)

VERTRAULICH

Bestimmungsländer: Pays de destination:	Kat: Cat:	a 1 Kriegswaffen Armes de guerre	a 1 Hand- und Faustfeuerwaffen Armes privées	a 3 Abschussgeräte Engins de lancement	a 4 Richt-, Ziel- & Feuerleitgeräte Appareils de con- duite du tir	a 5 Munition für Kriegswaffen munitions pour armes de guerre	a 5 Munition für Handfeuerwaffen munitions pour armes privées	a 6 Sprang- und Zündmittel Explosifs, moyens d'inflammation	b 1 Panzerfahrzeuge Véhicules blindés	b 2 Bewaffnete Flugzeuge Avions armés	TOTAL
ALGERIEN								903'000.-			903'000.-
AUSTRALIEN			52'946.-		2'000.-			7.-			54'953.-
BELGIEN		227'910.-	73'246.-		10'700.-	1'515.-	4'297.-	699.-			318'307.-
BRASILIEN		4'776'000.-	30'177.-				500.-	123.-			4'006'000.-
BRUNEI		203'558.-									203'558.-
DAENEMARK			14'217.-		38'832.-			54.-			53'103.-
DEUTSCHLAND		10'704'635.-	958'825.-		40'539'013.-	20'880'750.-	34'711.-	1'335'000.-	55'346'993.-		129'799'935.-
ENGLAND		2'972'764.-	71'086.-		5'093'900.-	1'119'897.-	3'693.-	155'079.-			9'417'219.-
FINNLAND		249'453.-	7'051.-			56'000.-		26.-			313'330.-
FRANKREICH		2'753'805.-	191'700.-			274'246.-	0'316.-	228'093.-		204'288.-	3'560'457.-
GHANA			2'069.-						0'715'666.-		0'717'735.-
GRIECHENLAND									1'579'430.-		2'234'361.-
IRAN		23'626'711.-	950.-		2'744'571.-	80'237'095.-		554'931.-			114'949'518.-
ITALIEN		4'091'092.-	18'387.-		9'100'055.-	3'348'115.-	48'035.-	274'541.-			15'961'025.-
JAPAN		11'406.-				72'000.-					83'406.-
JUGOSLAVIEN			750.-					26.-			29'423.-
KANADA			14'150.-			15'500.-	4.-		680'000.-		709'654.-
LUXEMBURG			14'099.-					10.-			14'109.-
MALAYSIA			610.-			1'565'715.-					1'566'325.-
MAROKKO								541'960.-			541'960.-
NIEDERLANDE		2'309'892.-	28'273.-		1'377'310.-	17'469'363.-		3'455.-	36'510'531.-		57'690'032.-
NORWEGEN		2'795'170.-	43'760.-		5'376'993.-	499'863.-		14'564.-			3'730'358.-
ÖSTERREICH		453'649.-	95'923.-		35'542'751.-	3'766'000.-	1'303.-	590'515.-			40'450'141.-
PERU								2'102'100.-			2'102'100.-
PORTUGAL			2'460.-			1'350.-	52.-	151'200.-			155'062.-
SINGAPUR		67'263.-	67.-		280'690.-	1'780.-	1'720.-				351'520.-
SCHWEDEN		1'160'459.-	8'486.-	270'009.-	802'245.-	11'511'692.-	546.-	45'268.-	9'410.-	594'310.-	14'410'505.-
SPANIEN		53'311'518.-	20'960.-			51'191'346.-	301.-	11'922.-			104'530'055.-
THAILAND						121'822.-	11'608.-				133'310.-
TUNESIEN								331'400.-			331'400.-
USA		564'326.-	95'597.-			1'115'108.-	1'356.-	236.-	120'575.-		1'097'198.-
VENEZUELA		5'000.-	9'066.-					235'286.-	1'447'600.-		1'696'952.-
DIVERSE			158'182.-		2'000.-		3'090.-	28'579.-			192'651.-
TOTAL:		110'284'612.-	1'914'661.-	270'009.-	100'991'066.-	201'240'965.-	120'454.-	7'876'094.-	104'510'205.-	798'598.-	520'024'346.-

Aussenhandelsstatistik (Siehe Ziffer 5.2)
Statistique du commerce extérieur
(voir chiffre 5.2)

Total:
Total: 491'723'791.-

NATIONALRAT76.610 Einfache Anfrage Carobbio

vom 1. März 1976

Waffenausfuhr nach Spanien und Persien

Die Waffenausfuhren haben 1975 die Rekordhöhe von 369 Mio Franken erreicht und sind im Vergleich zu 1972 sehr stark gestiegen. Damals hatte der Bundesrat die Verwerfung der Volksinitiative für ein Waffenausfuhrverbot beantragt und zugleich zugesichert, dass das neue Bundesgesetz einschränkend angewandt werde. Ueberdies setzt die übermässige Ausdehnung dieses Produktionszweiges, der vom raschen Wandel der internationalen Politik abhängt, seine Arbeitnehmer der Gefahr der Arbeitslosigkeit aus. Die Einhaltung des Bundesgesetzes hingegen würde unsere Industrie dazu bringen, von der Waffenproduktion auf die Produktion ziviler Güter umzustellen. 1975 waren Persien (119 Mio Franken) und Spanien (88 Mio Franken) die besten Kunden. Die Sperrung der Waffenausfuhren nach diesen Staaten würde eine wirksame Anklage unseres Landes gegen die systematischen Verletzungen der Menschenrechtskonvention durch die Behörden dieser Staaten bedeuten.

Zwar hat der Bundesrat auf die Anfrage Hubacher vom 7. Juni 1973 erklärt, dass Persien nur für seine Verteidigung Waffen kaufe. Es ist aber bekannt, dass die iranische Armee seit Jahren auf dem Hoheitsgebiet des Emirats Oman am Persischen Golf in Kämpfe verwickelt ist, um den Volksaufstand in der Provinz Dhofar zu unterdrücken (vgl. die Meldung von Associated Press und den Bildbericht des Tages-Anzeigers vom 31. Januar 1976). Andererseits wurde im August 1975 ein sehr strenges Gesetz erlassen, das jede Opposition gegen die Regierung des Schahs Reza Pahlevi unterdrückt. Aufgrund dieses Gesetzes wurden im Herbst 1975 etwa 20 Oppositionelle und weitere 12 in der Woche vom 23. Januar zum 3. Februar 1976 erschossen. Nach amtlichen Quellen soll es in Persien etwa 20'000 politische Häftlinge geben; nach andern Angaben sollen es 100'000 sein. Bei der Polizei (Savak) soll die Folter üblich sein, was der Schah selber für "notwendig" erklärt hat. Die neuesten Zeugnisse darüber gab in Rom der amerikanische Anwalt Richard Eiden von der südkalifornischen Sektion der Amnesty International ab.

In Spanien hat sich auch nach dem Tod Francos die Lage nicht "deutlich zum bessern entwickelt", wie dies der Bundesrat auf die Anfrage Riesen erklärte. Das geht klar aus der nationalen und internationalen Presse vom Februar hervor: aus manchen Städten wurden brutale Polizeieinsätze gegen Demonstrationen von Streikenden gemeldet. Dabei wurde am 15. Januar 1976 in der Provinz Alicante ein Streikender erschossen, und in Madrid wurden 100 verhaftet. Den politischen Gefangenen wurde keinerlei Straferlass gewährt, und vor

wenigen Tagen haben die Sektionen Wien und Mainz von Amnesty International über zahlreiche Fälle von Folterungen berichtet, die vor kurzem in spanischen Gefängnissen vorgekommen sind. Eine weitere Quelle gefährlicher Spannungen ist die Tätigkeit der baskischen und katalonischen Separatisten.

Da in Persien und Spanien eine innere und äussere Spannung herrscht und die Grundrechte schwerwiegend und planmässig verletzt werden, frage ich den Bundesrat an, ob er jegliche Ausfuhrbewilligung von Waffen nach Persien und Spanien aufgrund von Artikel 11 Buchstaben a und b des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972 ablehnen will. Nach diesem Gesetz werden keine Ausfuhrbewilligungen (für Offensiv- oder Defensivwaffen) erteilt,

- a. nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen;
- b. wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen.

Antwort des Bundesrates

Wie wir in unserer Antwort vom 21. Januar 1976 auf die Einfachen Anfragen Renschler und Riesen festgehalten haben, handelt es sich bei dem Kriegsmaterial, das nach Spanien ausgeführt wird, um Fliegerabwehrkanonen mit dazugehöriger Munition und Feuerleitgeräte, also um Waffen, die reinen Verteidigungszwecken dienen. Auch das nach dem Iran ausgeführte Kriegsmaterial umfasst solche Defensivwaffen. Beide Staaten haben die ersten Bestellungen für diese Waffensysteme bereits vor Jahren vertraglich aufgegeben; die erforderlichen Bewilligungen sind aufgrund der damals gültigen Gesetzgebung erteilt worden. Weitere Bestellungen gingen regelmässig ein und werden so lange erfolgen, bis die von den erwähnten Staaten geplante Fliegerabwehr aufgebaut ist.

Auch nach dem Inkrafttreten des Kriegsmaterialgesetzes vom 30. Juni 1972 haben wir laufend geprüft, ob die Bedingungen für die Kriegsmaterialausfuhr nach Spanien und dem Iran noch gegeben sind. Es besteht auch heute weder eine Veranlassung noch eine gesetzliche Pflicht, gültige Bewilligungen aufzugeben und die Lieferungen des genannten Materials nach Spanien und dem Iran zu unterbinden. Wir werden die Entwicklung der Lage in den beiden Ländern auch in Zukunft aufmerksam verfolgen.

RapportConfidentielaux commissions de gestion sur le détail
des exportations de matériel de guerre en 1976

(Du 30 mars 1977)

Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs,

Nous fondant sur l'article 13, 3e alinéa, de la loi du 30 juin 1972¹⁾ sur le matériel de guerre, nous avons l'honneur de vous soumettre le présent rapport concernant les exportations de matériel de guerre en 1976.

1. Introduction

Le présent rapport est le quatrième depuis l'entrée en vigueur le 1er février 1973 de la loi sur le matériel de guerre.

Comme précédemment, nous nous en tenons, pour des raisons de comparaison, à la forme qui a donné satisfaction et que vous avez acceptée.

2. Généralités

- 2.1 L'année a été marquée par deux aspects particuliers propres à être soulignés. La pratique est d'une part constante et sans problèmes notables en ce qui concerne l'application de la loi et on relève, d'autre part, que la somme totale des exportations a fortement augmenté.
- 2.2 Le matériel de guerre exporté a atteint la somme de quelque 491 millions de francs. Par rapport à l'année précédente, il s'agit d'une augmentation de 32,6 pour cent, mais il importe de rappeler que l'augmentation de 1974 à 1975 s'élevait déjà à 56,8 pour cent.
- 2.3 Cette augmentation n'est pas due, comme le chiffre 6.2.1 et le tableau annexé le montrent, à l'extension du commerce à de nouveaux Etats ou, en particulier, à des destinataires jugés indésirables selon la loi.

- 2 -

- 2.4 Exprimée en francs, la valeur peut être frappante. La révélation statistique de cette somme reste toutefois limitée. La technique de la guerre est en rapide évolution. Des systèmes d'armes tels que les blindés de DCA, appareils de conduite du tir, etc., deviennent de plus en plus compliqués et, partant, plus coûteux aussi.
- 2.5 Comme c'est grosso modo le même matériel qui a été exporté, il a aussi le même poids. Si l'on compare le poids des exportations, il en résulte une augmentation de 6,63 pour cent seulement (de 4'858'952 kg à 5'181'168 kg). Ce sont donc en premier lieu les commandes des matériels de guerre sans cesse plus coûteux qui en augmentent la valeur et non pas l'application de la loi. Des commandes notablement plus importantes ont en particulier été passées par la République fédérale d'Allemagne, les Pays-Bas et l'Autriche, savoir pour 119 millions de francs de plus soit donc à peu près le montant correspondant à l'augmentation des exportations en 1976.

3. Modalités de l'autorisation

La procédure au sein de l'administration et entre celle-ci et le Conseil fédéral fonctionne bien comme jusqu'ici et elle n'a pas été modifiée.

4. Pratique et problèmes en rapport avec les articles 10 et 11 de la loi

L'augmentation importante pendant les dernières années de la valeur de l'exportation de matériel de guerre a fait supposer ici et là que les critères que nous avons établis après l'entrée en vigueur des dispositions renforcées de la LMG pour l'application des articles 10 et 11, ont été sapés avec le temps. Tel n'est cependant pas le cas. Au contraire, dès 1973 une pratique s'est établie qui peut être désignée comme constante. Puisque dans le cadre de la LMG, l'autorité doit uniquement décider si une autorisation peut être accordée ou non (et non pas quel doit être le volume des autorisations accordées), cette pratique n'a qu'une influence limitée sur l'importance des exportations, considérées aussi bien par pays que globalement. On méconnaît en bien des endroits que les autorités chargées d'appliquer la LMG n'ont le choix qu'entre l'autorisation et le refus des requêtes présentées. Une orientation quantitative des exportations n'est

- 3 -

pas possible d'après les dispositions légales; au contraire, leur ampleur dépend du nombre des commandes provenant de pays dans lesquels il est permis d'exporter selon la LMG.

L'application de l'article 10 de la LMG, aux termes duquel ne sont pas autorisées les transactions contraires aux intérêts du pays ou qui contreviennent à des accords internationaux, n'offre pas de grandes difficultés. Cette disposition, reprise textuellement de l'ancien droit, n'a pas été invoquée, pendant l'année sous référence, pour motiver une décision de refus.

Il en est différemment de l'article 11. Il s'agit là de la plus importante disposition légale pour trancher les demandes d'autorisation d'exporter. Ici, d'importantes innovations dans le droit relatif au matériel de guerre ont été introduites en 1973. Elles étaient d'ailleurs violemment contestées jusqu'à la fin lors des délibérations parlementaires sur le projet de loi. La formule admise a le caractère d'un compromis issu de négociations longues et compliquées. Aussi n'est-il pas surprenant que la pratique du Conseil fédéral ne trouve pas toujours la compréhension nécessaire lorsqu'il s'agit d'appliquer l'article 11. Les uns la considèrent comme trop stricte, les autres comme trop modérée. De fait, à l'alinéa 2, lettres a et b de l'article 11, les expressions "tensions dangereuses" ou "respect de la dignité humaine" ne sont pas davantage précisées. Elles nécessitent une interprétation et donnent lieu ainsi à des décisions discrétionnaires des autorités investies de l'exécution de la loi. Tous les cas d'application de l'article 11, alinéa 2 (comme aussi de l'article 10) sont soumis au Conseil fédéral, conformément à l'article 12 de la LMG. Celui-ci apprécie chaque fois les circonstances particulières, qui se présentent différemment de cas en cas et selon le moment de la décision. En outre, le Conseil fédéral, lors de ses délibérations, ne se borne pas aux aspects de l'exportation d'armes proprement dite, mais tient compte également, dans le sens de la loi, des conséquences éventuelles de sa décision dans le domaine de la politique extérieure ou intérieure.

Le 1er mars 1976, le Conseiller national Carobbio a posé une question ordinaire concernant l'exportation d'armes en Espagne et en Iran. La réponse du Conseil fédéral du 26 mai 1976 est annexée à ce rapport. Une autre question du même parlementaire concernait le montage d'hélicoptères allemands destinés au Chili. Il s'est avéré que ceux-ci n'étaient pas du matériel de guerre au sens de la LMG.

Le 29 septembre 1976, le Conseil national a accepté le postulat Sigrist du 3 mars 1976, signé par 42 parlementaires,

- 4 -

par lequel le Conseil fédéral était invité "à n'interdire l'exportation de matériel de guerre que si les circonstances dont fait état la LMG l'exigent absolument", cela "aux fins d'assurer le maintien d'un nombre aussi élevé que possible de places de travail".

A la même date que celle du postulat précité, soit le 3 mars 1976, une motion Blum signée par 21 parlementaires avait été présentée au Conseil national. Elle défendait la conception opposée, à savoir qu'en raison de la récession économique "on abusait toujours plus fréquemment de l'argument de poids des places de travail pour justifier la pratique discutable régissant la délivrance d'autorisations d'exporter du matériel de guerre". Sur proposition du Conseil fédéral, cette motion a été rejetée le 6 octobre par le Conseil national.

4.1 Cas concrets

4.1.1 Iran

Pendant l'année de référence, des munitions et des pièces de rechange pour des installations de conduite de tir et des canons de défense antiaérienne furent encore exportées vers ce pays. Pour honorer des contrats conclus avant l'entrée en vigueur de la LMG, il faut s'attendre à des livraisons notables, principalement de munitions, également dans l'année à venir. Les autorités continuent de vérifier avec attention si les conditions pour les autorisations existent toujours comme auparavant.

4.1.2 Espagne

Au vu de la libéralisation et démocratisation progressives en Espagne, les objections que l'on faisait valoir ces dernières années contre des exportations de matériel de guerre vers ce pays ne sont plus guère de mise.

4.1.3 Etat-Unis

En rapport avec les affaires de compensation pour l'acquisition d'avions de combat "Tiger", des problèmes ont surgi du fait qu'on propose à l'exportation aux Etats-Unis également du matériel considéré comme matériel de guerre au sens de la LMG. Il s'agit à vrai dire presque exclusivement de pièces constitutives ou de fournitures.

Les livraisons prévues dans l'accord de compensation sont avant tout destinées à l'industrie privée américaine. L'expérience a montré qu'il est pratiquement impossible en pareil

- 5 -

cas d'obtenir des autorités américaines une déclaration de non-réexportation. Il est vrai que l'article 11, alinéa 1, de la LMG prévoit dans des cas particuliers des exceptions aux conditions posées aux lettres a à c. Le groupe de travail interdépartemental pour les questions d'exportation de matériel de guerre a toutefois préféré charger le Département militaire de présenter au Conseil fédéral une proposition tendant à obtenir une décision de principe. Celle-ci prévoit qu'il ne peut être renoncé à une déclaration de non-réexportation que lorsqu'il s'agit de fournitures d'éléments, qui ne confèrent pas au produit final une "origine suisse reconnaissable"¹⁾.

5. Données statistiques

5.1 Statistique du commerce extérieur

Les chiffres d'exportations relevés dans la statistique du commerce extérieur donnent les indications suivantes:

<u>Pays</u>	<u>Valeur en francs</u>	<u>Pays</u>	<u>Valeur en francs</u>
Algérie	903 000	Emirats arabes	1 804
Allemagne Rép. fédérale	24 392 942	Espagne	100 972 811
Allemagne Rép. démocratique	2 760	Etats-Unis d'Amérique	1 713 621
Angola	468	Finlande	213 927
Arabie Séoudite	209	France	1 582 493
Argentine	3 500	Ghana	8 717 735
Australie	50 382	Grande-Bretagne	2 296 488
Autriche	40 246 680	Grèce	2 131 991
Bahrein	2 882	Guatémala	1 230
Belgique	280 313	Hongrie	8 720
Bolivie	6 150	Hong-Kong	2 276
Brésil	23 543	Ile de la Réunion	2 959
Brunei	203 558	Inde	1 273
Bulgarie	96	Indonésie	8 246
Canada	28 509	Irak	164
Colombie	6 921	Iran	114 696 951
Corée du Sud	7 800	Israël	359
Côte d'Ivoire	1'950	Italie	9 043 494
Danemark	37 674	Japon	83 406
Egypte	1 315	Kenya	2 585

1) Le Conseil fédéral a approuvé la proposition en date du 12 janvier 1977.

- 6 -

<u>Pays</u>	<u>Valeur en francs</u>	<u>Pays</u>	<u>Valeur en francs</u>
Libéria	566	République	
Malaysia	1 565 715	Sud-africaine	2 580
Maroc	541 889	Singapour	630 031
Mexique	4 870	Suède	11 889 890
Nouvelle-Zélande	46 454	Territoire des Afars	
Norvège	7 528 447	et des Issas	194
Océanie française	2 513	Thaïlande	133 310
Panama	1 274	Tchécoslovaquie	218
Paraguay	825	Tunisie	331 400
Pays-Bas	58 817 751	Turquie	11 712
Pérou	2 102 100	Uruguay	952
Pologne	4 554	Vénézuéla	238 466
Portugal	155 010	Yougoslavie	29 885
		Total	491 723 791
			=====

5.2 Tableau du DMF (Office de contrôle du commerce de matériel de guerre)

Le présent rapport contient en annexe, comme précédemment, un tableau de statistique qui renseigne sur les sommes des exportations selon les pays et les catégories de matériel de guerre. Il est établi sur la base des autorisations d'exportation chargées par les offices de douane, autorisations qui ont donc été pleinement utilisées.

Ce tableau contient en outre des chiffres concernant du matériel de guerre exporté puis réimporté ultérieurement en Suisse (procédure des passavants). Les sommes qui s'y rapportent doivent donc être déduites du total des exportations.

La statistique du DMF enregistre en outre le pays destinataire proprement dit et non pas, comme la statistique des douanes, le premier pays d'exportation. Des parties d'armements, d'une valeur de 4'776'000 francs, ont par exemple été livrées en Italie tandis qu'elles étaient destinées au Brésil.

Les cas suivants ont notamment été concernés par la procédure des passavants:

- un appareil de conduite du tir, d'une valeur de 5 millions de francs a été envoyé pour quelque deux semaines en Grande-Bretagne en vue d'être présenté à l'exposition aéronautique de Farnborough;

- 7 -

- le même appareil a été présenté également en Allemagne et en Italie. Il a été chaque fois réintroduit en Suisse après quelques semaines;
- des véhicules blindés légers, en partie armés, ont aussi été exportés temporairement au Canada et au Venezuela pour y être présentés (pour le Canada: 680'000 fr.; pour le Venezuela: 1'164'600 fr.);
- des composantes de matériel de guerre ont aussi été expédiées pour usinage en Belgique, Allemagne, Grande-Bretagne, Italie, Norvège et Suède; elles ont été par la suite réimportées.

6. Appréciation de la statistique

La statistique appelle, comme de coutume, les remarques et évaluations suivantes:

6.1 Fournitures au Tiers Monde

L'ONU publie deux listes officielles, l'une concernant les 29 pays les moins développés (LLDC) et l'autre les 45 pays les plus durement touchés par la crise du pétrole (MSA). La Suisse a livré du matériel de guerre exclusivement aux pays MSA suivants:

Egypte, Ghana, Guatemala, Inde, Côte d'Ivoire et Kénia.
Rien n'a été exporté vers les pays LLDC.

Les exportations vers ces pays se sont élevées à 8'726'088 francs, ce qui correspond à 1,77 pour cent du volume total des exportations de matériel de guerre.

6.2 Partenaires les plus importants

6.2.1 Etats destinataires principaux

République fédérale d'Allemagne	124 millions de francs		
Iran	114	"	"
Espagne	101	"	"
Pays-Bas	58	"	"
Autriche	40	"	"
Suède	12	"	"
Italie	9	"	"
Ghana	8	"	"
Norvège	7	"	"

- 8 -

6.2.2 Les fournisseurs principaux ont été:

La Fabrique de machines outils Oerlikon, Bührle SA Zurich (379,8 millions de francs); Contraves SA Zurich (85,3 millions); Mowag SA Kreuzlingen (13,7 millions); Siemens-Albis SA Zurich (12,6 millions); Tavarro SA Genève (7,4 millions); Société Suisse des Explosifs, Gamsen-Brig (6 millions); Kern + Co SA Aarau (5,3 millions); J. Perret Genève (3,5 millions); Hispano-Oerlikon (Genève) SA Genève (2,8 millions).

6.3 Cas particuliers

Relevons à ce propos les quelques particularités suivantes:

6.3.1 Brunei

Il s'agit de 23 mitrailleuses SIG avec pièces de rechange et accessoires.

6.3.2 République fédérale d'Allemagne

Les livraisons des blindés de DCA avec armes et appareils de conduite du tir ont débuté et elles s'étendront encore sur plusieurs années.

6.3.3 Ghana

Le commandement de la police de ce pays a commandé en Suisse des véhicules blindés légers. D'autres commandes seront encore passées au cours des prochaines années.

6.3.4 Grèce

L'autorisation d'exporter des véhicules blindés légers pour la police a été accordée en 1975. Vous avez été renseignés à ce propos par notre rapport du 7 avril 1976. Six véhicules de cette catégorie ont été encore livrés au printemps de 1976 (voir aussi 6.3.14).

6.3.5 Iran

Poursuite des livraisons antérieurs de canons de DCA, avec munitions, pièces de rechange et pièces pour les appareils de conduite du tir déjà livrés.

6.3.6 Yougoslavie

Deux envois de perchlorate d'ammonium pour la fabrication de poudre propulsive destinée à des fusées antigraïle.

6.3.7 Colombie

Deux armes privées et 3'000 cartouches pour fusil ont été livrées à la Société suisse des carabiniers de l'endroit.

6.3.8 Malaysia

Ce pays a reçu des munitions de 20 mm et des pièces qui en font partie.

6.3.9 Pays-Bas

Les livraisons des blindés de DCA avec armes et appareils de conduite du tir ont débuté et elles s'étendront encore sur plusieurs années.

6.3.10 Espagne

Poursuite des livraisons des armes de DCA avec appareils de conduite du tir et munitions.

6.3.11 Thaïlande

15 t de godets de cuivre ont été exportées pour la confection de douilles. Quelques armes privées ont en outre été livrées.

6.3.12 Turquie

Il s'agit de 11 pistolets SIG-Hämmerli destinés aux concours CISM (Conseil International du Sport Militaire).

6.3.13 Afrique du Sud

20'000 cartouches pour fusil destinées à la Société suisse des carabiniers à Natal.

6.3.14 Algérie, Grèce, Maroc, Pérou, Portugal, Tunisie et Vénézuela

Exportation autorisée de dispositifs d'explosion et d'inflammation à des fins civiles (construction de routes, minages, recherches sismologiques, etc.).

6.3.15 Divers

Seules quelques armes personnelles ou de poing ont été exportées (en partie dans le trafic des voyageurs) par des particuliers vers les pays suivants:
Allemagne, République dém.

Argentine	Guatémala
Bahrein	Hongkong
Bolivie	Indonésie
Brésil	Kéna
Corée du Sud	Libéria
Côte d'Ivoire	Mexique
Egypte	Panama
Emirats arabes	Turquie

6.4 Chiffres des années précédentes

6.4.1 Une comparaison donne les résultats suivants:

<u>Année</u>	<u>Total des exportations</u>	<u>Matériel de guerre</u>	<u>En pour-cent</u>
1970	22 140 000 000	195 750 650	0,88
1971	23 616 979 304	236 410 910	1,0
1972	26 187 579 267	260 269 943	0,99
1973	29 943 449 036	275 702 534	0,92
1974	35 353 101 852	236 329 517	0,67
1975	33 429 708 260	370 711 600	1,11
1976	37 044 786 994	491 723 791	1,32

6.4.2 Appréciation

6.4.2.1 Exprimées en francs, les exportations ont augmenté de 32,6 pour cent depuis l'année passée. Comme déjà relevé, ces chiffres de statistique ne doivent pas permettre de tirer des conclusions quant à l'application de la loi. Ces chiffres ne sont que le reflet de la situation du marché et ils indiquent les intérêts et le matériel désiré. C'est ainsi que la part essentielle de l'augmentation provient de la participation de la Suisse à la construction du blindé de DCA pour la République fédérale d'Allemagne et pour les Pays-Bas. Les chiffres qui s'y rapportent ne baisseront pas au cours des prochaines années.

6.4.2.2 Quand bien même -en raison aussi du cours du franc- l'augmentation générale des exportations n'a pas dépassé les limites antérieures et bien que la récession soit moins importante dans le secteur du matériel de guerre que la moyenne observée dans l'économie, la proportion de 1,32 pour cent comparée au total des exportations reste fort modeste.

6.5 Traitement des demandes

Le Département militaire a traité de sa propre compétence 1'595 demandes pour une somme de 2'031'824 francs. Le Département politique a été saisi de 903 demandes portant sur 723 millions de francs; 68 demandes pour une valeur de 343 millions de francs nous ont enfin été soumises. Nous les avons examinées au cours de quatre séances.

Nous avons refusé des demandes représentant une somme de 237'858 francs.

- 11 -

6.6 Liste des demandes refusées6.6.1 Par le Conseil fédéral

<u>Date</u>	<u>Matériel</u>	<u>Valeur</u>	<u>Etat destinataire</u>
28 avril	10 mitrailleuses SIG 710-3 cal 7,62 mm NATO	62'858.-	Swaziland
15 septembre	25 t nitropenta	175'000.-	Chili

6.6.2 Par l'administration (DPF/DMF)

<u>Date</u>	<u>Matériel</u>	<u>Valeur</u>	<u>Etat destinataire</u>
14 janvier	100 cartouches 9 mm	50,60	Arabie séoudite
12 avril	3 armes de poing	1'620.-	Turquie
4 mai	2 revolvers cal .38 Sp 100 cartouches cal .38 Sp	988.-	Qatar
6 mai	1 pistolet cal 9 mm	410.-	Turquie
18 mai	2 pistolets cal 6,35 mm 1 revolver cal .32 200 cartouches	1'701.-	Irak
9 juin	1 mousqueton mod. 31 calibre 7,5 mm	170.-	Afrique du Sud
23 juin	1 revolver cal 357 Magn. 50 cartouches	606.80	Jordanie
23 juin	1 revolver cal .38 Sp 50 cartouches	472.80	Jordanie
3 juillet	1 pistolet cal .38 WC	1'500.-	Egypte
19 juillet	1 pistolet cal 9 mm Para	847.-	Gabon
19 juillet	Pièces de rechange pour canons de 20 mm	3'103.-	Kéniya
19 juillet	1 pistolet cal 6,35 mm 50 cartouches cal 6,35 mm	242.-	Soudan
23 juillet	40 fusils SIG AMT .308 Winch.	32'040.-	Rép. Botswana
23 juillet	2 culasses complètes pour le pistolet SIG 9 mm	897,55	Rép. Botswana
30 juillet	1 fusil long mod 11 cal 7,5 mm	1'200.-	Afrique du Sud
19 août	1 pistolet à répétition cal 9 mm	766.-	Rhodésie
20 août	1 pistolet		Afrique du Sud

- 12 -

<u>Date</u>	<u>Matériel</u>	<u>Valeur</u>	<u>Etat destinataire</u>
7 septembre	15 kg godets al, parties de munitions	875.-	Israël
25 octobre	1 pistolet mod P 220 cal 9 mm	840.-	Dubaï
25 octobre	1 revolver cal .38 Sp	545.-	Afrique du Sud
20 décembre	13 pistolets SIG .38 mod P 240	15'466.-	Turquie
	21 demandes	64'340.75	
		=====	

6.6.3 Décisions préalables négatives de l'administration (DPF/DMF)

<u>Date</u>	<u>Matériel</u>	<u>Valeur</u>	<u>Etat destinataire</u>
21 janvier	Explosifs		Syrie
26 janvier	Fusées pour munitions et lance-mines		Maroc
28 janvier	Godets de laiton		Algérie
5 avril	500 t de godets de laiton	4'000'000.-	Turquie
21 avril	Ebauches de corps de grenades		Egypte
1er septembre	Nitropenta		Angola
17 septembre	Pièces de rechange pour le Fass 510-4		Chili
6 octobre	Cartouches à balle de chasse	2'000.-	Afrique du Sud
9 décembre	2 millions de mètres de cordeau détonnant	560'000.-	Syrie
20 décembre	Explosifs militaires		Taiwan

6.6.4 Les fabricants, notamment ceux qui sont établis, savent généralement vers quels pays l'exportation est interdite, raison pour laquelle il s'est trouvé relativement peu de demandes qu'il a fallu refuser. Les refus mentionnés concernent moins les Etats destinataires que des cas pour lesquels les caractéristiques du matériel de guerre de la marchandise à exporter ne paraissaient pas très claires.

7. Activité de l'Office central pour la lutte contre le trafic illicite de matériel de guerre pour l'année 1976

Pendant l'exercice écoulé, l'Office central a mené 181 (81) enquêtes pour soupçon d'infraction à la loi fédérale sur le matériel de guerre. 53 (40) affaires, déléguées aux autorités cantonales pour instruction et jugement se réfèrent principalement à des personnes ayant importé, exporté ou fait passer en transit des armes sans être en possession de l'autorisation nécessaire. Dans 10 (1) cas, le Procureur général de la Confédération a prononcé un non-lieu.

Les 118 autres cas restants concernaient: 12 enquêtes pour vols d'armes; 74 rapports émanant des corps de police cantonale et des Bureaux centraux nationaux/Interpol étrangers, concernant la contrebande et les saisies d'armes acquises en Suisse; 12 vérifications pour soupçon de commerce illicite de matériel de guerre (c'est-à-dire sans autorisation); 3 ouvertures d'enquêtes de police judiciaire ordonnées par le Procureur général de la Confédération, sur demande d'entraide judiciaire de la part de pays étrangers; 6 demandes d'entraide judiciaire (commissions rogatoires) provenant d'autorités étrangères, concernant des achats d'armes effectués par des Suisses à l'étranger; 11 vérifications au sujet d'armes importées ou en transit, aux fins de déterminer s'il s'agissait réellement de matériel de guerre.

Un cas, délégué aux autorités pénales du canton de Neuchâtel, concernant l'acquisition d'importantes quantités d'armes au moyen d'autorisations falsifiées, semble pouvoir être mentionné dans le présent rapport. Les armes incriminées ont ensuite été revendues à des intéressés en Suisse ou exportées à l'étranger. A ce jour, 20 personnes impliquées dans cette affaire, ont été arrêtées. Les poursuites pénales sont encore en cours.

Dans un autre cas, un ressortissant suisse a, sur instruction d'un inspecteur en chef des Chemins de fer allemands, pris des armes en dépôt chez lui. Agissant à l'abri de ses fonctions qui lui conféraient une certaine immunité en matière de contrôle, l'inspecteur en question retirait les armes et, au gré de ses besoins, les exportait, sans autorisation, soit en pièces détachées, soit entières. Il les revendait ensuite à l'étranger. Compte tenu de ces faits, le Procureur général de la Confédération ordonna une enquête de police judiciaire spéciale. En ce qui concerne l'infraction à la loi fédérale sur le matériel de guerre, commise par le ressortissant suisse, la poursuite pénale sera prochainement déléguée à l'autorité pénale cantonale.

- 14 -

Pour empêcher la répétition de tels actes, tous les achats d'armes effectués par des ressortissants suisses en Allemagne devront dorénavant faire l'objet d'une communication à l'Office central par voie Interpol. Il y a lieu de remarquer que les armes ayant jusqu'ici fait l'objet de telles notifications n'étaient généralement pas visées par les dispositions de la loi sur le matériel de guerre. En ce qui concerne les armes tombant sous le coup des dispositions de cette loi, les contrôles à l'importation sont effectués comme précédemment.

Une nouvelle tâche de l'Office central consiste dans la vérification des demandes d'autorisation d'achat d'armes automatiques. 261 vérifications de ce genre ont été effectuées. 1 (-) demande d'autorisation a été refusée.

48 (20) demandes d'autorisation initiales pour le commerce de matériel de guerre ont été examinées en collaboration avec les autorités de police cantonales. Toutes les demandes ont été approuvées.

Afin de rendre attentifs les acheteurs étrangers sur le fait que l'exportation d'armes achetées en Suisse est subordonnée à l'obtention d'une autorisation conforme à la loi fédérale sur le matériel de guerre, et pour mettre un terme aux infractions résultant de la non-observation de cette règle, une lettre circulaire du Procureur général de la Confédération a été adressée, en décembre 1976, aux conseillers d'Etats de tous les cantons, les invitant à faire figurer une annotation ad hoc sur les autorisations d'achat.

8. Appréciation du système

8.1 Aucune modification notable n'est à signaler depuis l'an passé.

8.2 La liste des Etats destinataires est pratiquement stable. Quant à celle concernant le matériel de guerre, elle n'a pas été modifiée bien que subsiste toujours le besoin de libéraliser quelque peu la pratique de l'exportation de certaines armes ou explosifs lorsque ceux-ci servent exclusivement à des fins civiles ou sportives et ne sont pas employés contre des personnes ou pour la destruction de biens dans une guerre.

La difficulté essentielle peut être démontrée à l'exemple d'un pistolet à répétition de sport d'un calibre supérieur de 6,2 mm, qui tombe sous la notion de matériel de guerre même s'il ne permet de tirer qu'une sorte de munition, soit des balles qui percent un trou bien dessiné dans une cible de carton. Les autres particularités de ce pistolet montrent combien il est impropre au combat même s'il pouvait théoriquement -comme l'arbalète du

reste- être utilisé contre des personnes.

Les expériences montrent aussi combien il est difficile, dans la pratique, de déterminer à partir de quel moment des avions doivent être traités comme matériel de guerre. Le cas des "avions armés" mentionné à l'article premier de l'ordonnance sur le matériel de guerre est clair. Il est difficile en revanche de constater si des autres avions sont équipés de "dispositifs d'arrimage d'armes et de munitions ou d'autres dispositifs destinés à des fins militaires". Si tel est le cas ce sont alors la loi sur le matériel de guerre et son ordonnance qui sont appliquées. Des recherches de cette nature se révèlent particulièrement ardues pour les avions et les hélicoptères qui ont des particularités polyvalentes, comme ils sont construits en nombre toujours plus important et dans toutes les variantes imaginables.

Il en résulte la nécessité d'adapter l'ordonnance dans ce sens. Vu qu'il importe de modifier des dispositions concernant la relation de la loi avec la régale des poudres, qui a trouvé désormais place dans la future loi sur les explosifs, il est indiqué d'attendre la mise en vigueur de la loi sur les explosifs.

- 8.3 Des difficultés sont apparues en ce qui concerne les fournitures (pièces détachées). La loi considère comme matériel de guerre "... et autres matériels et leurs pièces détachées, pouvant servir de moyens de combat." A ce propos, l'ordonnance précise ce qui suit: "Est réputé matériel de guerre le matériel terminé, ainsi que les articles bruts, complètement ou partiellement usinés ou achevés, qui sont fabriqués exclusivement comme pièces détachées de matériel de guerre et ne peuvent servir, dans la même exécution, à des fins civiles."

La réglementation a pour conséquence qu'il n'est pas autorisé de fournir de telles pièces détachées à des pays qui n'ont pas reçu du matériel de guerre achevé. Ce qui est fort grave toutefois est qu'il soit nécessaire d'exiger d'un pays "qui ne présente aucune difficulté" la même déclaration de non-réexportation pour les plus petites pièces détachées que pour le matériel de guerre lourd, par exemple des canons ou des blindés. Les destinataires de telles fournitures ne peuvent ni ne veulent délivrer une telle attestation de non-réexportation. Dès lors, l'industrie suisse, et non pas uniquement l'industrie spécifique des armements, a perdu des occasions importantes d'obtenir des commandes. Nous nous référons à ce que nous avons exposé au chiffre 4.1.3. Il importera d'examiner s'il est possible de s'en tenir à la réglementation ainsi esquissée ou s'il est nécessaire de modifier de manière adéquate l'ordonnance sur le matériel de guerre.

Rappelons à ce propos que la commission d'experts présidée par M. Max Weber, ancien conseiller fédéral, a recommandé, dans son rapport du 13 novembre 1973 sur les exportations suisses de matériel de guerre (motion Renschler), de ne pas inclure le catalogue du matériel de guerre à la loi pour donner au Conseil

- 16 -

fédéral la possibilité de le compléter ou de le réduire suivant les expériences et les circonstances, en tenant toutefois compte à cet effet aussi de facteurs relevant de la politique du commerce.

Il est incontestable que la situation a évolué au cours des quatre dernières années. Les conséquences qui en résultent doivent être examinées.

- 8.4 Nous avons relevé dans nos précédents rapports que les exportations suisses de matériel de guerre, comparablement modestes, ne sont même pas mentionnées dans les publications internationales parce qu'elles ne semblent pas du tout dignes de l'être en fonction du marché mondial des armements. Il est dès lors remarquable que la législation et la pratique de la Suisse soient reconnues au plan international. C'est ainsi que la Commission des questions politiques du Conseil de l'Europe a relevé dans sa résolution de septembre 1976 (doc. 3817) ce qui suit au sujet de la Suisse (page 18, alinéa 36):

"Certes, la politique restrictive de la Suisse résulte des Conventions de la Haye de 1907 sur la neutralité; cependant, elle est beaucoup plus rigoureuse que ne l'exigent en fait les textes juridiques, en sorte que les interdictions frappant l'industrie et le commerce traduisent un choix politique fait en toute indépendance et de façon délibérée plutôt qu'elles ne résultent automatiquement d'un engagement juridique. Ajoutons que, s'il a comporté des épisodes critiquables et a été marqué par des conflits entre la loi et la pratique, le commerce des armes en Suisse a toujours dû tenir compte du profond attachement national aux idéaux de la Croix-Rouge et de l'action humanitaire. La politique suisse peut donc fort bien servir de source d'inspiration et d'exemple à autrui, y compris aux pays européens non neutres."

La presse autrichienne a du reste déjà relevé à maintes occasions que ce pays avait besoin d'une législation calquée sur le modèle suisse

Veillez agréer, Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs, les assurances de notre haute considération.

Berne, le 30 mars 1977

Au nom du Conseil fédéral Suisse:
Le président de la Confédération,
Furgler

Le chancelier de la Confédération,

Huber

Annexes:
1 tableau
Réponse du Conseil fédéral à la
question ordinaire Carobbio du
1er mars 1976

Bestimmungsländer: Pays de destination:	Kat: Cat:	a 1 Kriegswaffen Armes de guerre	a 1 Hand- und Faustfeuerwaffen Armes privées	a 3 Abschussgeräte Engins de lancement	a 4 Richt-, Ziel- & Feuerleitgeräte Appareils de con- duite du tir	a 5 Munition für Kriegswaffen Munitions pour armes de guerre	a 5 Munition für Handfeuerwaffen Munitions pour armes privées	a 6 Sprang- und Zündmittel Explosifs, moyens d'inflammation	b 1 Panzerfahrzeuge Véhicules blindés	b 2 Bewaffnete Flugzeuge Avions armés	TOTAL
ALGERIEN								903'000.-			903'000.-
AUSTRALIEN			52'946.-		2'000.-			7.-			54'953.-
BELGIEN		227'910.-	73'246.-		10'700.-			699.-			318'307.-
BRASILIEN		4'775'000.-	30'177.-			1'515.-	4'297.-	123.-			4'005'000.-
BRUNEI		203'550.-					500.-				203'550.-
DAENEMARK			14'217.-		30'332.-			54.-			53'103.-
DEUTSCHLAND		10'704'635.-	950'825.-		40'539'013.-	20'880'750.-	34'711.-	1'335'000.-	55'346'993.-		129'799'935.-
ENGLAND		2'972'764.-	71'086.-		5'093'900.-	1'119'097.-	3'693.-	155'079.-			9'417'219.-
FINNLAND		249'453.-	7'051.-			56'000.-		26.-			313'330.-
FRANKREICH		2'753'005.-	191'700.-			274'246.-	0'516.-	220'093.-		204'280.-	3'660'457.-
GHANA			2'069.-								
GRIECHENLAND									0'715'666.-		0'717'735.-
IRAN		23'626'711.-	950.-		2'744'571.-	80'237'095.-		554'931.-	1'679'430.-		2'234'361.-
ITALIEN		4'091'092.-	10'307.-		9'100'855.-	3'340'115.-		340'191.-			114'949'510.-
JAPAN		11'406.-				72'000.-	40'035.-	274'541.-			15'961'025.-
JUGOSLAVIEN			750.-								83'406.-
KANADA			14'150.-					20'647.-			29'423.-
LUXEMBURG			14'099.-			15'500.-	4.-		600'000.-		709'654.-
MALAYSIA			610.-			1'565'715.-		10.-			14'109.-
MAROKKO											1'566'325.-
NIEDERLANDE		2'309'092.-	20'273.-		1'377'310.-	17'469'363.-		541'960.-			541'960.-
NORWEGEN		2'795'170.-	43'760.-		5'376'993.-	499'063.-		3'455.-	36'510'531.-		57'690'032.-
OESTERREICH		453'649.-	95'923.-		35'542'751.-	3'766'000.-	1'303.-	14'564.-			0'730'350.-
PERU								590'515.-			40'450'141.-
PORTUGAL			2'460.-			1'350.-		2'102'100.-			2'102'100.-
SINGAPUR		67'263.-	67.-				52.-	151'200.-			155'062.-
SCHWEDEN		1'160'459.-	0'406.-	270'009.-	200'690.-	1'700.-	1'720.-				351'520.-
SPANIEN		53'311'510.-	20'960.-		002'245.-	11'511'692.-	546.-	45'268.-	9'410.-	594'310.-	14'410'505.-
THAILAND						51'191'346.-	301.-	11'922.-			104'536'055.-
TUNESIEN						121'022.-	11'608.-				133'310.-
USA		564'326.-	95'597.-					331'400.-			331'400.-
VENEZUELA		5'000.-	9'066.-			1'115'100.-	1'356.-	236.-	120'575.-		1'097'190.-
DIVERSE			150'102.-		2'000.-		3'090.-	235'206.-	1'447'600.-		1'696'952.-
TOTAL:		110'284'612.-	1'914'661.-	270'009.-	100'991'066.-	201'240'965.-	120'454.-	7'876'094.-	104'510'205.-	790'590.-	520'024'346.-

Aussenhandelsstatistik (Siehe Ziffer 5.2) Total:
Statistique du commerce extérieur Total:
(voir chiffre 5.2)

491'723'791.-

CONSEIL NATIONAL

76.610 Question ordinaire Carobbio

du 1er mars 1976

Exportation d'armes à destination de l'Espagne et de l'Iran

Nos exportations d'armes en 1975 ont atteint le chiffre record de 369 millions de francs, ce qui représente une très forte augmentation par rapport à 1972, année où le Conseil fédéral a proposé de rejeter l'initiative populaire visant à interdire les exportations d'armes, en assurant que la nouvelle loi fédérale serait appliquée d'une manière restrictive. En outre, l'expansion démesurée de ce secteur de la production, liée à la rapide évolution de la politique internationale, expose les travailleurs qui en dépendent au chômage, alors que le respect de la loi fédérale devrait inciter nos industries d'armement à passer finalement à la fabrication de produits destinés à l'usage civil. En 1975 notamment, nos meilleurs clients ont été l'Iran (119 millions) et l'Espagne (88 millions); le blocage des exportations d'armes à destination de ces Etats constituerait, de la part de notre pays, une dénonciation efficace des violations systématiques de la charte des droits de l'homme dont se rendent coupables les autorités de ces Etats.

En ce qui concerne l'Iran, quoique le Conseil fédéral ait déclaré (en réponse à la question Hubacher du 7 juin 1973) que cet Etat s'armait pour se défendre, il est notoire que l'armée iranienne se bat depuis des années sur le territoire de l'émirat d'Oman (golfe Persique), pour écraser la rébellion populaire de la province de Dhofar (voir les nouvelles de l'Associated Press et du Tages-Anzeiger du 31 janvier 1976, accompagnées de photographies). D'autre part, une loi très rigoureuse a été promulguée en août 1975 contre tous les opposants au régime du shah Reza Pahlevi; en application de celle-ci, une vingtaine de patriotes ont été fusillés en automne 1975 et douze autres pendant la semaine du 23 janvier au 3 février 1976. Selon des sources officielles, il y aurait environ 20'000 détenus politiques (100'000 suivant d'autres sources); la police (Savak) pratique habituellement la torture, que le shah lui-même qualifie de "nécessaire". Les plus récents témoignages ont été rendus à Rome par l'avocat américain Richard Eiden, d'Amnesty International, section de la Californie du sud.

Quant à l'Espagne, même après la mort de Franco, la situation ne s'est pas "notablement améliorée" (comme l'a dit le Conseil fédéral en réponse à la question Riesen), ainsi qu'on peut facilement s'en rendre compte en lisant la presse nationale et internationale du mois de février: elle a signalé dans de nombreuses villes des charges brutales de la police dirigées contre des manifestations de grévistes, le meurtre de l'un d'entre eux

26.5.1976

- 2 -

dans la province d'Alicante et l'arrestation de cent de ceux-ci à Madrid, le 15 janvier 1976. Aucune amnistie n'a été accordée aux prisonniers politiques: il y a quelques jours, les sections de Vienne et de Mayence d'Amnesty International ont dénoncé nombre de cas de torture qui se sont produits récemment dans les prisons espagnoles. Les activités des séparatistes basques et catalans constituent d'autres sources de tensions dangereuses.

Etant donné l'état de tension qui règne en Iran et en Espagne, où les droits fondamentaux de l'homme sont violés de manière grave et systématique, je demande au Conseil fédéral s'il n'a pas l'intention de refuser toute autorisation d'exporter des armes à destination de ces pays, en vertu de l'article 11, lettres a et b, de la loi fédérale du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre, selon lequel "aucune autorisation d'exportation ne sera délivrée" (qu'il s'agisse d'armes offensives ou défensives):

- a) A destination de territoires où des conflits armés ont éclaté ou menacent d'éclater ou dans lesquels règnent des tensions dangereuses;
- b) S'il appert que des livraisons de matériel de guerre à un pays donné risquent de compromettre les efforts de la Confédération dans le domaine des relations internationales, notamment en ce qui concerne le respect de la dignité humaine, l'aide humanitaire ou l'aide au développement.

Réponse du Conseil fédéral

Comme nous l'avons relevé dans la réponse que nous avons donnée le 21 janvier 1976 aux questions ordinaires Renschler et Riesen, le matériel de guerre exporté en Espagne consiste en canons de défense contre avions y compris leurs munitions et les appareils de tir, c'est-à-dire en armes purement défensives. Le matériel exporté en Iran est, lui aussi, composé de telles armes.

Ces deux Etats ont passé par contrat les premières commandes pour ces systèmes d'armes il y a plusieurs années déjà; les autorisations ont été accordées conformément à la législation alors applicable. Les commandes ont été renouvelées régulièrement et se poursuivront jusqu'au moment où ces Etats auront achevé l'organisation de leur défense contre avions.

Après l'entrée en vigueur de la loi du 30 juin 1972 sur le matériel de guerre, nous avons continué de vérifier régulièrement si les conditions auxquelles est subordonnée l'exportation de matériel de guerre étaient toujours remplies. Il n'y a donc ni raison ni obligation légale d'annuler maintenant des autorisations délivrées valablement et de suspendre les livraisons du matériel indiqué à l'Espagne et à l'Iran. Au demeurant, nous continuerons à suivre avec attention l'évolution de la situation dans ces deux pays.